

2017 - Januar - Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

► Grüner Sex-Skandal:

Eine 17 Jahre alte Politikerin der Grünen bezichtigt *Max Hieber*, den Landesvorstand der Grünen Jugend Bayern, sie vergewaltigt zu haben. *Hieber*, der Vorkämpfer der Grünen gegen Vergewaltigungen war, legte sein Amt nieder und bestreitet die Vorwürfe. Er behauptet, die 17-Jährige habe das so gewollt.

► Zentrale Kontenregistrierung:

Die Bundesregierung will in einer zentralen Erfassungsstelle einen Überblick über alle Konten, die Bürger unterhalten haben und noch haben. NRW-Finanzminister *Norbert Walter-Borjans* (SPD) sprach sich jetzt für ein »*bundesweites Register aller Bankkonten*« aus. Angeblich soll es damit Erben leichter gemacht werden, die Vermögensverhältnisse eines Verstorbenen zu sondieren. Zuvor hatte der *Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)* mitgeteilt, dass man ab sofort Erben nicht mehr bei der Suche nach Konten und Depots von Verstorbenen unterstützen werde.

► Koran in die Wüste fliegen?

Im November 2016 hat die Polizei bei einer Razzia gegen Islamisten mehr als 22.000 *Koran-Übersetzungen* beschlagnahmt, die sich in einem Lager in Pulheim befinden. Weil die Bücher einen Einband der radikalen Salafistengruppe haben und auch im Text immer wieder Werbung für *Salafisten* gemacht wird, will man die Korane nicht verteilen. Nach Auffassung von Muslimen würde es aber den Islam beleidigen, wenn man die heiligen Bücher verbrennt oder in Europa vernichtet. Weil das Innenministerium sich vor Terroranschlägen und einer Gewaltwelle unter Muslimen fürchtet, will man die beschlagnahmten Korane nun in die saudische Wüste fliegen lassen, um sie dort im Wüstensand zu begraben. Der Koran müsste dann in Tücher gehüllt und an Stellen vergraben werden, über die garantiert keine Menschen laufen.

Das Bundesinnenministerium will jetzt schnell Islamgutachter beauftragen lassen, um nach geeigneten Stellen zu suchen und sich die Aktion von Islamverbänden genehmigen lassen.

► Miete darf auch später bezahlt werden:

Eine Klausel in Formularmietverträgen, wonach die Monatsmiete am dritten Werktag eines Monats beim Vermieter eingegangen sein muss, ist unwirksam. Das hat der

Bundesgerichtshof (BGH) jetzt so entschieden. Es genügt demnach vielmehr, wenn das Geld bis dahin eingezahlt wurde oder ein Dauerauftrag zu diesem Termin besteht. Im Gesetz steht zwar in §556 BGB, dass die Miete bis zum dritten Werktag eines Monats entrichtet werden muss. Das heißt aber nach aktueller Rechtsprechung nur, dass es auf den Weg zum Vermieter gebracht wurde (BGH Az.: VIII ZR 222/15).

► **Raclette legt Bahnstrecken lahm:**

In den Zügen der französischen Bahngesellschaft *SNCF* dürfen Reisende elektrische Geräte an die Steckdosen benutzen. Ein Schweizer aus dem Kanton Wallis hat dort unlängst seinen Raclettegrill betrieben und damit für einen mehr als drei Stunden dauernden Stromausfall im Bahnnetz gesorgt. Der hohe Stromverbrauch des Raclettes führte erst zum Totalausfall aller Sicherheitssysteme des *TGV-Zuges*, danach standen im weiten Umkreis alle Züge still. Die *SNCF* will an den Steckdosen Hinweise anbringen, dass Mikrowellen, Staubsauger und andere Geräte mit hohem Stromverbrauch nicht angeschlossen werden dürfen.

► **Hartz-IV-Empfänger dürfen beleidigt werden:**

Die *Staatsanwaltschaft Leipzig* hat die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Volksverhetzung gegen die CSU abgelehnt. Ein Hartz-IV-Bezieher hatte die Parteilührung angezeigt, weil die CSU in einem Werbevideo Hartz-IV-Empfänger als »*Schmarotzer*« bezeichnet hatte. Die Leipziger Staatsanwaltschaft sieht darin keine Volksverhetzung, weil der Kläger von der CSU nicht namentlich als »*Schmarotzer*« benannt werde. Die Staatsanwaltschaft führte aus:

- ◆ »*Die Urheber des Spots haben lediglich einen aus ihrer Sicht bestehenden Unwert eines nicht individuell aufgeschlüsselten Kollektivs und seiner sozialen Funktion bekundet*«. Daraus schließt die Staatsanwaltschaft dann weiter: »*Je größer das Kollektiv ist, desto schwächer kann die persönliche Betroffenheit des einzelnen Mitglieds werden*«.

Nach dieser Sichtweise müssten allerdings auch Hasskommentare gegen ethnische oder religiöse Minderheiten künftig straffrei sein.

► **Im Ernstfall hilflos:**

Feuerwehren, Rettungsdienste, Zoll und Polizei nutzen ein eigenes digitales Mobilfunknetz. Das als besonders sicher geltende Netz hat allerdings einen in der Öffentlichkeit nicht bekannten großen Nachteil. Alle Sicherheitsbehörden in Deutschland könnten bei einem großflächigen Stromausfall nach Einschätzung der Bundesregierung nur noch für eine kurze Zeit weiter über das digitale Netz kommunizieren.

Das enthüllt jetzt eine Kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter. Eine Ersatzstromversorgung des digitalen Funknetzes (etwa bei der Polizei) sei »*zurzeit für einen*

Zeitraum von zwei Stunden vorgesehen«, heißt es in einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage. Danach herrscht dann überall Funkstille.

► **Rauschgiftkurier:**

Finnlands oberster *Polizeichef Jari Aarnio* muss für zehn Jahre ins Gefängnis. Der 59 Jahre alte Mann hatte einer Gang über mehrere Monate dabei geholfen, mehr als 800 Kilogramm Rauschgift nach Finnland zu schmuggeln. *Jan Aarnio* war vor seiner Tätigkeit als *Polizeichef* dreißig Jahre lang Rauschgiftfahnder.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 01/17

+++

► **Strompreise werden explodieren:**

Die durchschnittlichen Strompreise für Haushalte werden in Deutschland im Jahr 2017 zum ersten Mal deutlich über 30 Cent je Kilowattstunde liegen. Das hat das Berliner *Forschungsinstitut Agora* aufgrund aktueller Vorausberechnungen mitgeteilt. Während Erdgas und Heizöl zuletzt billiger wurden, gelte dies wegen steigender Abgaben und Umlagen künftig nicht für den Haushaltsstrompreis. Bleibe das System der Umlagen so, wie es derzeit von der Politik vorgegeben sei, so sei bis 2023 ein weiterer extremer Anstieg der Strompreise absehbar, teilte das Institut mit. Um die Bürger nicht weiter über die finanziellen Kosten der Energiewende zu verärgern, erwägt die Bundesregierung es offenbar, künftige Umlagen für alternative Energien nicht auf den Strompreis, sondern auf den Benzin- und Dieselpreis umzulegen und das mit dem Umweltschutz zu begründen.

► **Stasi-Schulungskurs:**

Der Berliner Staatssekretär *Andrej Holm* (Die Linke) hat bislang bestritten, hauptberuflich in der früheren DDR für die Stasi gearbeitet zu haben. Nun wurde bekannt, dass er als Vorbereitung auf eine Offizierslaufbahn bei der Staatssicherheit Schulungskurse für seine späteren Stasi-Tätigkeiten absolviert hat. In seiner Stasi-Akte notierten Stasi-Mitarbeiter: »*Im Rahmen der Aktivitäten im FDJ-Bewerberkollektiv der BV Berlin, der Betreuung und Schulung, zeigte er kontinuierlich großes Interesse und machte sich mit den außerordentlich hohen Anforderungen an einen Tschekisten vertraut.*« Tschekist war in der Behörde ein interner Begriff für Stasi-Angestellte. Der Linken-Politiker *Holm* ist in Berlin Staatssekretär für Wohnen und wurde schon mehrfach bei unwahren Angaben über seine Stasi-Vergangenheit erwischt. Nun wächst der Druck auf die rote Landesregierung, ihn zu entlassen.

► **Fahrzeuge beschlagnahmen:**

Die deutsche Bunderegierung hat das Zivilschutzgesetz in aller Stille um Passagen erweitert, nach denen im Falle eines Terroranschlages, einer Pandemie oder bürger-

kriegsähnlicher Unruhen nicht nur Lebensmittelbetriebe und Bauernhöfe, sondern auch Vorräte und Fahrzeuge von Privatbürgern beschlagnahmt werden dürfen.

► **Flüchtlingsbürgen vor dem Ruin:**

In Deutschland haben schon mehr als 21.500 Menschen Bürgschaften für Flüchtlinge übernommen, weil Politik und Leitmedien sie dazu ermuntert hatten. Im Gegensatz zu Patenschaften haften Bürgen jedoch bis auf den letzten Cent für die Kosten, für die sie bürgen. Manche Deutsche haben für bis zu sechs Flüchtlinge gebürgt und erleben nun ein böses Erwachen. Sie hoffen, dass die Steuerzahler für ihre nun entstehenden Kosten einspringen. Denn bei jedem Flüchtling, für den es Bürgschaften gibt, holen sich Ämter wie die Jobcenter die Kosten von den Bürgen zurück.

► **Ermittlungen gegen *Bild*-Chef:**

Die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelt gegen *Bild*-Chef [Kai Diekmann](#) wegen eines sexuellen Übergriffs. Eine Mitarbeiterin des Axel-Springer-Konzerns hatte *Diekmann* angezeigt. *Diekmann* wird das Unternehmen Ende Januar 2017 verlassen. Ob Anklage erhoben wird, ist noch ungewiss.

► **Deutsche Obergerichte nicht ausgelastet?**

Deutsche Bundesrichter (Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof) verdienen pro Jahr im Schnitt etwa 120.000 Euro. Nach einer Aufstellung des Bundesjustizministeriums haben sie aber viel Zeit und verdienen extrem viel nebenher. So kassierte ein Richter des Bundesgerichtshofs (BGH) in den Jahren 2010 bis 2016 fast 1,8 Millionen Euro zusätzlich. Beim Bundesfinanzhof gibt es Richter, die in ihrer Freizeit pro Jahr eine Million Euro Nebeneinnahmen haben. Und auch beim Bundessozialgericht verdienen Richter mehr als 600.000 Euro im Jahr hinzu. Nun soll geklärt werden, wie das mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar ist.

► **Frankreich will Euro verlassen:**

Die französische Präsidentschaftskandidatin *Marine Le Pen* will im Falle ihres Wahlsieges den Euro aufgeben und zum Verrechnungssystem nationaler Währungen (ECU) zurückkehren. Die Chefin des Front National sagte, ein Nebeneinander aus nationaler Währung und ECU werde »keine Auswirkungen auf den Alltag der Franzosen« haben. Sollte sie gewählt werden, würden die Staatsschulden in die französische Währung umgerechnet, kündigte sie an. Die »Europäische Währungseinheit« (»European Currency Unit«, ECU) war vor dem Euro gebräuchlich. Ihr Wert richtete sich nach einem Korb nationaler europäischer Devisen.

► **Nacktfotos von Angela Merkel?**

Die britische Tageszeitung *Daily Star* hat Nacktfotos einer Frau in einem DDR-Nudistencamp veröffentlicht, die angeblich [Angela Merkel](#) darstellen.

Die Fotos wurden angeblich vor Jahrzehnten in einem schwedischen Nudistenmagazin veröffentlicht und sollen aus den 1970er-Jahren stammen.

► **Kommt das Raketenverbot?**

Nachdem in Schweden viele Mitbürger an Silvester Raketen gegen Menschen gerichtet und abgefeuert hatten und dabei auch viele Menschen vorsätzlich verletzt wurden, erwägt man in Schweden, den Verkauf von Silvesterraketen künftig komplett zu verbieten. Auch in Deutschland hatten bundesweit Gruppen junger Männer zum ersten Mal bei offenbar organisierten Aktionen Raketen gegen feiernde Menschen abgefeuert.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 02/17

+++

► **Konflikt zwischen China und den USA?**

Seit Donald Trump im November die Präsidentenwahl in den USA gewonnen hat, bahnt sich eine Entspannung mit Russland an. Doch im Verhältnis zu China wachsen die Spannungen. Erst telefoniert Donald Trump mit Taiwans Präsidentin und erzürnt Chinas KP. Dann kreuzt ein chinesischer Flottenverband japanisches Hoheitsgebiet und passiert das von Taiwan beanspruchte »Pratas«-Atoll, während die Zeitung *China Daily* vor einer »verheerenden Konfrontation zwischen China und den USA« warnt.

Der designierte US-Außenminister Rex Tillerson warf China in seiner Nominierungs-Anhörung vor dem Senat zu Jahresbeginn vor, es eigne sich Gebiete an, die dem Land »nicht rechtmäßig« gehörten. Auf die rhetorischen Scharmützel und militärischen Muskelspiele könnte schnell eine Konfrontation im Südchinesischen Meer folgen. Das dürfte einer der brisantesten Brennpunkte im laufenden Jahr werden.

► **Keine Kandidatur für den Bundestag:**

Der thüringische AfD-Chef Björn Höcke (44), der nicht zuletzt durch seinen Auftritt in der Politsendung von Günther Jauch Ende 2015 bundesweite Berühmtheit erlangte, will nicht für den Bundestag kandidieren. Stattdessen strebe er an, die AfD in Thüringen als Partei- und Fraktionsvorsitzender als Heimatpartei zu etablieren.

► **Facebook verschärft Gangart:**

Das soziale Netzwerk Facebook sieht sich enormer Kritik wegen sogenannter »Fake News« ausgesetzt. Mit externen »Faktenprüfern« will das soziale Netzwerk deshalb künftig massiv gegen Falschmeldungen auf seiner Internetplattform vorgehen. Die Bemühungen sollen sich zunächst auf die Verbreitung von »eindeutigen Falschmeldungen« konzentrieren, die durch sogenannte Spammer erstellt werden. Diese gaukeln den Nutzern vor, bekannte Nachrichtenagenturen zu sein. Sie nutzen die veröffentlichten Meldungen, um mehr Menschen auf ihre Webseiten zu locken.

► **Schlachtabfälle im Wald gefunden:**

Passanten haben im Stadtwald der kreisfreien baden-württembergischen Großstadt Freiburg Schlachtabfälle von rund 200 Tieren, mutmaßlich von Schafen und Ziegen, gefunden. Bei dem im Verwesungsprozess befindlichen Unrat handelt es sich zumeist um die Köpfe und die nicht zu verwertenden Innereien, die aus einem professionellen Schlachtbetrieb stammen dürften und illegal dort abgelegt wurden. Die ermittelnde Polizei vermutet, dass die Täter die Abfälle dort abgelegt haben, um die Gebühren für die rechtmäßige Entsorgung zu sparen.

► **Frankreichs Intellektuelle sind ratlos:**

Die zumeist politisch weit links stehende französische Kulturszene reagiert mit Ratlosigkeit auf den stetig wachsenden Zuspruch für Marine Le Pen und ihre Partei Front National. So sehen es mittlerweile viele Schriftsteller als ihre Aufgabe an, sich mit einem öffentlichen Appell an die Wähler des Front National zu richten. Dennoch führt Le Pen aktuell mit 26,5 Prozent die Umfragen zu der am 23. April (erster Wahlgang) stattfindenden Präsidentenwahl an. Ihr Mitbewerber Francois Fillon folgt ihr mit knapp 25 Prozent Zustimmung.

► **Cyberspionage gegen Italien erschüttert ganz Europa:**

Fünf Jahre lang hat ein Geschwisterpaar das italienische Establishment quer durch mehrere Regierungen sowie das Militär und den Vatikan ausspioniert. Giulio und Francesca Occhionero griffen auf Laptops und Smartphones ehemaliger - wie Matteo Renzi zu, aber auch auf die Kommunikation zahlreicher Minister, Abgeordneter, Militärs, Kardinäle und der Zentralbank. Bei Matteo Renzi hatten die Cyberspione Zugang zum Apple-Konto und damit zum iPhone. Und sie verfolgten den E-Mail-Verkehr von EZB-Präsident Mario Draghi. Weil die Daten und anderen Informationen auf einem Server in den USA gespeichert wurden, haben die italienischen Behörden das FBI um Hilfe ersucht. Die Server wurden beschlagnahmt. Das ganze Ausmaß dieses Verbrechens ist noch gar nicht absehbar. Es geht jedoch um geheime und äußerst heikle Informationen rund um die Reformen in Italien, die Geldpolitik in der EU und möglicherweise auch um die Schuldenverhandlungen mit Griechenland. Davon könnte auch Angela Merkel berührt sein.

► **Senatsantwort beschäftigt Justiz:**

Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Jan Timke (46) von der Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) hat den rot-grünen Senat vor das Bremer Verfassungsgericht gezogen. Hintergrund des Rechtsstreits ist eine Anfrage des Abgeordneten zum Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) vom Oktober 2014, die der Regierungsvertreter im Parlament wohl etwas zu lapidar mit »Nein« beantwortet hatte. Laut Timke ist das eine glatte »Lüge«. Die Entscheidung des höchsten Bremer Gerichts, bei der erwartet wird, dass die Spielregeln für die Beantwortung von Anfragen durch den Senat neu definiert werden, steht Mitte Februar an.

► Geldstrafe für Rentner:

Weil ein 78-jähriger Rentner auf dem Gelände eines Lebensmittelmarktes im oberbayerischen Landkreis Mühldorf in den Abfalltonnen nach etwas Essbarem gesucht hat, musste er sich vor dem Amtsgericht wegen Hausfriedensbruchs verantworten. Wegen seiner kriminellen Vorbelastung entschied sich das Gericht, den Rentner, der rund 300 Euro im Monat zum Leben hat, erneut zu bestrafen. Das Urteil: 200 Euro Geldstrafe.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 03/17

+++

► Explosive Beichte des EZB-Präsidenten:

EZB-Präsident *Mario Draghi* hat einen bemerkenswerten Brief an zwei italienische Abgeordnete im Europaparlament geschrieben. Auf den Inhalt des Schreibens hat die Nachrichtenagentur Reuters aufmerksam gemacht. Draghi spricht darin von der Möglichkeit, dass ein Mitgliedsland die Eurozone verlässt, wenn es zuvor seine Verbindlichkeiten im Target2-System geregelt hat. Im Klartext: Erst zahlen, dann gehen. Das ist ein völliger Widerspruch zu der Information, die Herr Draghi vor vier Jahren gab die man auch in deutschen Leitmedien überall nachlesen konnte — wonach es für die Eurozone »keinen Plan B« gebe.

► Obamas letzter Anruf ging an Merkel:

Barack Obama hat sich im letzten dienstlichen Telefonat vor der Amtsübergabe an *Donald Trump* mit *Angela Merkel* unterhalten. Merkels Ehemann *Joachim Sauer* durfte auch dabei sein. Es war ein »Dank für die persönliche Freundschaft«, wie wir hören. Obama bedankte sich aber noch mehr für die »starke, mutige und stetige Führung« der Bundeskanzlerin.

Das kann man interpretieren oder auch nicht. Gemeint waren jedoch sicher die Unbeirrbarkeit der Bundeskanzlerin in der Migrationskrise, die vor allem durch die US-Kriege im Nahen Osten herbeigeführt wurde, und die Sanktionen gegen Russland, bei denen sich Angela Merkel als die zuverlässigste Vasallin der USA in Europa erwies.

► Linksautonome bedrohen Rechtsanwalt in Berlin:

Der Rechtsanwalt vertritt die Eigentümer des Hauses in der Rigaer Straße 94. Das linksautonome Wohnprojekt wurde 2016 Gegenstand eines Räumungsverfahrens. Als im Sommer sein vor der Wohnung geparktes Auto angezündet wurde, gab der Vorgänger des jetzigen Anwaltes das Mandat ab.

Doch damit endete die linke Gewalt nicht. Bei *Markus B.*, dem aktuellen Anwalt der Eigentümer des Hauses, wurde zum Jahreswechsel eingebrochen. Zahlreiche Akten, darunter Untertagen zum Räumungsverfahren, wurden gestohlen. *Markus B.* wurde bedroht. Eine Internetseite, die der linken Szene zugeordnet wird, zeigte

den Anwalt mit aufgemaltem Hitlerbärtchen. Dazu einen Bußgeldbescheid wegen einer Geschwindigkeitsübertretung mit der privaten Adresse des Anwalts. Die Seite wurde gesperrt.

► **Wer steckt hinter dem Krieg gegen das Bargeld?**

Der Luxemburger Jurist *Yves Mersch*, bei der Europäischen Zentralbank (EZB) für Bargeld zuständig, spricht von einem »*Bargeldkartell*«. Der EZB-Direktor hat zwar gegen die für 2018 beschlossene Einstellung der Produktion des 500-EuroGeldscheins gestimmt, aber er hat die Strippenzieher gegen das Bargeld jetzt klar benannt: »*Alchemisten*«, die die Leitzinsen tief in den negativen Bereich drücken wollen, um das Geld aus den Bankkonten zu treiben und die Wirtschaft anzukurbeln. Die »*Finanz-Tech-Allianz*«, die Bargeld als Konkurrenz sieht und von erhöhtem elektronischen Zahlungsverkehr stark profitieren würde. Und schließlich das »*Recht-und-Ordnung-Lager*«, das kriminelle Aktivität austrocknen will und in großen Geldscheinen ein Vehikel für Drogen-, Waffen- und andere illegale Geschäfte sieht.

► **George Soros und der Frauenmarsch gegen Trump:**

Der Milliardär hat Verbindungen zu 56 Organisationen und Gruppen, die als Partner des von Mainstream-Medien ausgiebig berichteten »*Frauenmarsches*« fungierten. Der Marsch fand am Tag nach der Amtseinführung von Donald Trump in Washington und vielen Städten weltweit statt. Unter den Partnern der Demonstrationen sind die *American Humanist Association*, die »*viele Bedenken gegenüber Trump*« hat, die [United Women.org](http://UnitedWomen.org), die auf Twitter für Obama warb, sowie *Planned Parenthood*, um die es im vergangenen Jahr einen Skandal wegen des Handels mit Embryos gab, und der *National Resource Defense Council*, der Trumps Umweltpolitik ablehnt. Entlarvt hat den Strippenzieher *Soros* diesmal die ansonsten als Mainstream-Blatt glänzende *New York Times*.

► **Rentensystem am Abgrund:**

Ohne eine grundlegende Reform gibt es eine Katastrophe, warnt der Deutsche Familienverband, der große Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu Lasten der Familien beklagt. Das aktuelle System, so die harsche Kritik, belohne Erwerbstätige mit langer Zugehörigkeit, bestrafe aber Kindererziehung. Eltern von Kindern sicherten schon durch ihren Nachwuchs die Zukunft des sozialen Sicherungssystems. Doch die heutigen Beitragszahler mit Kindern sichern das System zwei Mal, durch die Erziehung der Kinder und durch ihre Beiträge.

► **Deutsche Belehrungen an die Adresse von Donald Trump:**

Der 45. Präsident der USA liebt es, zu twittern. Donald Trump macht mit seinen »*Tweets*« zeitweise fast ebenso viele Schlagzeilen wie mit Aussagen, die er außerhalb von sozialen Medien tätigt. In Anspielung darauf hat Bundesjustizminister

Heiko Maas - ebenfalls per *Twitter* - den neuen US-Präsidenten zur Amtseinführung ermahnt, er solle vorsichtig sein: »*Be careful, Mr. President.*« *Angela Merkel* hatte schon im November anlässlich des Wahlsieges von Donald Trump die Einhaltung demokratischer Spielregeln durch die neue Regierung in Washington angemahnt. Wie Präsident Trump die Belehrungen aus Berlin auffasst, werden wir spätestens beim ersten Staatsbesuch hören. Aber der wird die Nummer 45 im Weißen Haus nicht nach Deutschland führen.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 04/17